

Stadt hofft auf Einlenken des Landes bei B 212

DK 08.08.13

Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) hat eine Überprüfung der Verkehrssituation in Delmenhorst und Ganderkesee angekündigt. Außerdem ist er offen für eine geänderte Streckenführung der neuen B 212. Das ist Ergebnis eines Treffens im Rathaus. VON MICHAEL KORN

DELMENHORST-GANDERKESEE. In der Kontroverse um die neue B 212 und eine Stadtumgehung hat Niedersachsens Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) gestern eine Überprüfung der Verkehrssituation in Delmenhorst und Ganderkesee angekündigt. Die Stadt setzt laut einer Mitteilung auf eine großflächigere Betrachtung der Verkehre und auf ein drittes Raumordnungsverfahren.

An dem Gespräch im

Rathaus nahmen neben Oberbürgermeister Patrick de La Lanne die hiesige Landtagsabgeordnete Annette Schwarz (CDU), Ratsfrau Susanne Mittag (SPD), Ratsherr Richard Pendzich (Grüne), Vertreter der „IG B 212neu/Freies Deich- und Sandhausen“ sowie Fachbereichsleiter Fritz Brünjes teil.

Mitte Juli war in der Liste der Straßenbauprojekte, die Niedersachsen für den Bundesverkehrswegeplan 2015

angemeldet hat, die Ortsumgehung Delmenhorst (B 213) nicht aufgenommen und die neue B 212 von Harmenhausen bis zur Landesgrenze Bremen/ Niedersachsen mit der Fußnote „Ohne Anschluss an L 875“ (Stedinger Landstraße) versehen worden.

Die Delmenhorster Vertreter haben Lies nach Stadt-Angaben deutlich gemacht, dass im bestehenden Raumordnungsverfahren viele Fehler gemacht worden seien und es keine Basis für den Bau der B 212 neu darstelle. Diese Fehler seien von der Stadt in einem Gutachten beschrieben worden. De La Lanne erklärte, dass sich Lies

hinsichtlich einer Überprüfung der Linienführung für die neue Bundesstraße sehr aufgeschlossen gezeigt habe, insbesondere im Hinblick auf die Anbindung der Wesermarsch.

Das Gutachten soll dem Minister und der Fachverwaltung in Hannover vorgestellt werden. Zu dem Termin sollen auch Vertreter der Stadt Bremen, der Gemeinde Ganderkesee und des Landwirtschaftsministeriums (Raumordnungsbehörde) sowie der Stadt Delmenhorst eingeladen werden. Anschließend werde das Gutachten dem Stadtrat vorgestellt.

■ Ihre Meinung zum Beitrag: michael.korn@dk-online.de

IHK-STELLUNGNAHME ZU B 212 N-PLANUNGEN

Nur Wirtschaftsinteressen im Blick

dk-Leser Lars Christoph Brauner hat zu den Forderungen der Industrie- und Handelskammer Oldenburg in Verbindung mit den B 212 n-Planungen folgenden Leserbrief verfasst:

Wer vor kurzem die Ausführungen der IHK Oldenburg zum Thema B 212 n gelesen hat, kann sich nur die Augen reiben. Da fordern die Herren Stuke und Peters vom Wirtschaftsminister Lies die bedingungslose und schnelle Umsetzung der „Südvariante“ in der bisher geplanten Form. Eine erneute Überprüfung wird abgelehnt. Nach Auffassung der IHK sei kein anderes Ergebnis zu erwarten. Zwangsläufig wäre auch eine Delmenhorster Ortsumfahrung wieder im Rennen.

Also gut für die Wirtschaft, schlecht für Delmenhorst und Ganderkesee. Wiederum gut für die

Straßenbauer, aber schlecht für betroffene Natur- und Lebensräume. Bestimmt aber auch gut für die Suche nach einem Wesertunnel-Investor. Ganz bestimmt auch gut für Juristen und Gutachter. Unterm Strich also ganz viel Arbeit.

Wen kümmern da noch die allseits bekannten Planungsmängel und deren Folgen? „Gas geben“ (...und noch tiefer in die Sackgasse?) lautet nach 20-jährigem Planungswirrwarr die IHK-Devise.

Einen Gedankenschritt weiter ist neuerdings die Landesregierung. Sie möchte die unsägliche B 212 n-Planungsentwicklung wieder auf das Notwendige und das Machbare zurückführen. „Verbesserte Anbindung der Wesermarsch an das Oberzentrum Bremen“ lautete anfangs die Planungsaufgabe. Seitdem wurde nur noch

getrickt und geschoben, ignoriert und spekuliert, um letztendlich dem mautfinanzierten Wesertunnel (A 281) die maximalen Verkehrsströme zuzuschancen. Rücksichtslose Belastungen von Wohngebieten in Delmenhorst und Ganderkesee mit stetig ausuferndem Flächenfraß wurden bedenkenlos eingepflanzt.

Die unübersehbare Fehlentwicklung möchte die Politik nun endlich stoppen. Hat zwar lange gedauert, ist aber der absolut richtige Weg, um durch erneute Überprüfung endlich Planungs- und Rechtssicherheit zu schaffen. Die IHK wäre m. E. gut beraten, bei ihren Planungsweisheiten nicht nur Wirtschaftsinteressen im Blick zu haben, sondern auch den Wunsch nach Erhalt von Lebensqualität zu respektieren.

Lars Christoph Brauner
Delmenhorst

DEL KREISBLATT 08.08.13